

Transformation versus Kapitalismus – die richtige Fragestellung?

[Rainer Bartel, JKU Linz](#)

Momentum-Kongress 2022: Transformation

Track #5: Transformation versus Kapitalismus

Fassung vom 22. September 2022

Inhalt

Kapitalismuskritik	1
... und ihre Relativierung	3
Hoffnungen.....	4
Alternativen?.....	8
Was also?.....	12
Literatur.....	13

Kapitalismuskritik ...

Unter Kapitalismus wird hier das Individualeigentum an Produktionsmitteln verstanden.

- Die Produktionsmittel können dabei materieller Natur (Produktionsanlagen i.w.S.) oder immaterieller Beschaffenheit sein (Konzepte, Strategien, Inventionen und Innovationen technischer und sozialer Art). Selbst benütztes Wohneigentum (für dessen Erfassung die privaten Konsumhaushalte von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – „VGR“ – als Investor:innen klassifiziert und dem Unternehmenssektor zugeordnet werden) soll ebenso mitgemeint sein wie selbst entschiedene und getragene Fort- und

Weiterbildung privater Haushalte (die in der VGR leider als Konsum statt Investition ausgewiesen wird).

- Das Konzept des Individualeigentums wird als Gegensatz zum Kollektiveigentum verwendet, schließt jedoch Individualeigentumsformen durch Anteilseigner*innen wie Aktienbesitz nicht aus.

Kritik am und Ablehnung des Kapitalismus wird hauptsächlich auf folgenden Argumentationslinien vorgebracht:

- (a) die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung (Ausbeutung und Vererbung),
- (b) die ungleiche Entscheidungssouveränität aufgrund struktureller Macht auf Märkten (Informations- und Wissensgefälle: vgl. z.B. Bartel 2022),
- (c) die eingeschränkte Entwicklungsfähigkeit des Marktwirtschaftssystems („Erstarrung“) infolge sich zurückbildenden Unternehmer*innentums,
- (d) der Raubbau am Naturkapital i.w.S. (Umweltzerstörung) durch ein mit dem optimalen Ressourceneinsatz (mit Allokationseffizienz) inkompatibles Anreizsystem und
- (e) die Dominanz von Lobbyismus in der Politik (das Kapital schreibt quasi die Gesetze).

Diese Argumentationslinien erklären freilich die großen heutigen Probleme:

- (a) soziale Polarisierung und partielle Verwahrlosung i.w.S.,
- (b) Konsumerismus (Überkonsum) in Verbindung mit Übervorteilung (Galbraith 2005),
- (c) Verkrustung der Märkte in Form von Inflexibilität, Fortschrittsarmut und verteilungsbedingt schwacher Nachfragedynamik (Sättigung versus Armut; vgl. Naudé 2022),
- (d) Umweltzerstörung und Natursystemgefährdung (Bedrohung der Nachhaltigkeit und sogar erste wissenschaftliche Szenarien der Beendigung des Anthropozäns; vgl. z.B. Barbier 2019) sowie
- (e) die Remanenz von Art und Weise der Politik, ihren konfliktträchtigen, hartnäckig unbefriedigenden Ergebnissen (*Output*) und deren zementierenden Auswirkungen (*Outcome*) auf die Situation betreffend die großen Probleme (z.B. Agnoli/Brückner 1968).

Aus diesen Überlegungen zu der mehrschichtigen system- und existenzbedrohenden Problematik lässt sich die Folgerung einer notwendigen Systemtransformation offensichtlich ableiten. Die Frage stellt sich hierbei, ob eine Überwindung des Kapitalismus eine Bedingung für eine erfolgreiche Systemtransformation darstellt. (Diese Frage stellt sich immerhin ebenso, wenn unter Kapitalismus auch „nur“ die Ausbeutung der Werktätigen durch die Kapitalist*innen verstanden wird.)

... und ihre Relativierung

Ein zentraler Aspekt bei der Beurteilung der gerade aufgeworfenen Frage ist jener der Verhaltensanreize. Aus ökonomischer Sicht muss der erwartete Nutzen (die *ex ante* empfundenen Vorteile) einer wirtschaftlichen Entscheidung und konsequenten Handlung größer sein als die Kosten (die veranschlagten Nachteile) davon. Würden solche Nutzen-Kosten-Überlegungen zur Verhaltensklärung verworfen, wären zumindest große Teile der gegenwärtigen Ökonomik hinfällig und müssten durch Ansätze anderer Wissenschaftsdisziplinen ersetzt werden. Doch davon wird hier – aller Kritik an liberalen ökonomischen Gedanken zum Trotz – nicht ausgegangen. Materielle wie immaterielle Anreize (Wohlstand bzw. Leistungsprestige) haben zu einem nicht zu übersehenden Teil Bedeutung für ökonomisch und sozial relevantes Verhalten.

Nicht zu trennen von den Verhaltensanreizen ist freilich das grundsätzliche Ziel menschlichen Verhaltens: der persönliche Nutzen (netto Kosten). Dieses Erklärungsmodell des rational für seine persönlichen Zwecke wirtschaftenden Menschen – des *homo oeconomicus* – wird längst scharf kritisiert: Der Mensch sei nicht so strikt zweckrational und egoistisch wie es das Modell unterstellt.

Doch ein Modell ist eine notwendigerweise vereinfachte Darstellung der Funktionsweise der – ansonsten weder zu erfassenden noch zu begreifenden – Realität; es kann nur einen oder relativ wenige Teilaspekte der Welt, wie sie ist, darstellen: nämlich nur abstrahiert von der Realität. Ein solcher, wiewohl grundlegender Aspekt ist die Annahme, dass der Mensch grundsätzlich bestrebt ist, in verschiedenerlei Hinsicht jeweils das Beste für sich selbst – und seinen „Clan“ (die ihm emotional Nahestehenden) – herauszuholen; und je problematischer die Lage ist, desto zweckrationaler wird das Verhalten ausfallen. Dabei können im persönlichen Zielsystem natürlich auch Komponenten enthalten sein, die das Wohlergehen anderer betreffen. Insofern ist die Kritik am *homo oeconomicus* als Egoist*in keine kategorische (Rothschild 1993), sondern eine im Einzelfall zu prüfende, eine empirische statt theoretische.

Die aus all dem zu ziehende Folgerung ist, dass

- Anreize, die das Verhalten von Menschen mit ihrer Natur bei der Gestaltung eines wirtschaftlichen Systems nicht missachtet werden dürfen und
- zudem jeweils zu beurteilen ist, ob die Anreizstruktur für Individualverhalten (Wirtschaft) und Kollektivverhalten (Politik) die Erreichung der gesellschaftlichen (gesamtwirtschaftlichen, sozialen) Zielvorstellungen fördert oder beeinträchtigt.

Dabei ist privates Eigentum, sind also individuelle Eigentumsrechte – zumindest unter den gegenwärtig dominierenden Gegebenheiten der menschlichen Natur – eine Grundvoraussetzung für das Anreizsystem; das betrifft, was die Seite der Produzent*innen anlangt, auch das Eigentum an Produktionsmitteln i.w.S. (siehe oben).

Hier wird davon ausgegangen, dass das Individuum zuvorderst individuelle Ziele – für sich und seinen Clan (Partner*in, Familie, Freund*innenkreis) – verfolgt. Es ist gerade diese Verhaltensausrichtung, die eine wettbewerbliche Marktwirtschaft in der Tendenz ökonomisch effizient (nachfrageorientiert und kostengünstig) machen kann. Daher wird das unmittelbar die Person und den Clan Betreffende stets Priorität vor dem die anderen, die Dritten Treffenden haben, selbst wenn das vernachlässigte Wohlergehen Dritter mittelbar auf jenes der „eigenen Leute“ rückwirkt.

Hinzu kommt noch der menschliche Umstand der „positiven Zeitpräferenz“; das bedeutet, dass in Entscheidungssituationen künftige Nutzen und Kosten für das Individuum weniger stark wiegen als gegenwärtige oder zeitlich näher liegende.

Hoffnungen

Mit diesen Überlegungen lässt sich die polarisierende Verteilungstendenz, der sich verschlechternde Umweltzustand und die Machtträchtigkeit der Wirtschaftsprozesse erklären. Freilich gibt es keine schicksalhaft unvermeidliche Entwicklung zur Einkommens- und Vermögenspolarität, zum Zusammenbruch des Ökosystems oder einer reinen Monopolwirtschaft.

- Denn erstens wird eine für das jeweilige Individuum zunehmend direkt und rasch immer existenzbedrohlicher werdende Entwicklung die Bereitschaft für eine Verhaltensänderung stärken (und hoffentlich effektiv machen, bevor es zu spät ist).
- Zweitens springt hier die Meta-Ebene der Politik i.w.S. spätestens in der Krise korrigierend ein (i.w.S. meint nicht nur politische Mandatar*innen und öffentlich Bedienstete im Rahmen ihres diskretionären Gestaltungsspielraums, sondern auch inoffizielle Entscheidungsträger*innen wie die Sozialpartner*innenschaft und Basisorganisationen mit Vorzeige- und Beispielcharakter). Es ist dies nicht so sehr eine moralische Tugend, die dazu führt, sondern eher ein Pragmatismus zur Rettung der Funktionsfähigkeit und Akzeptanz des jeweils einschlägigen Systems. So haben es prominente liberale Ökonomen wie Adam Smith (mit seiner moralphilosophischen Ausrichtung), John Stuart Mill (in seiner späteren, aufgeklärteren Schaffensperiode) und John Maynard Keynes (er war weder Zentralplaner noch staatsgläubig, hat eher nur Möglichkeiten aufgezeigt) mit Interventionen des Staates in den Wirtschaftsablauf gehalten und mehr oder weniger explizit auch als Empfehlungen formuliert.

Gerade heutzutage zeichnet sich ein Umschwung in der Wirtschaftspolitik ab, sowohl was die Geldpolitik betrifft (ultralockere Geldpolitik, *quantitative easing*) als auch die Fiskalpolitik (nationale Budgetpolitiken außerhalb des mittlerweile vorläufig ausgesetzten Fiskalpakts, der Fiskalverfassung der EU, aber auch breite soziale Unterstützungszahlungen an Privathaushalte und Unternehmen). Das sollte auch und nicht zuletzt endlich für die staatliche Wettbewerbspolitik gelten.

Der Begriff Konsumerismus soll die Kritik transportieren, dass das Wohlergehen in der Gesellschaft zu sehr am Privatkonsum, also an materiellen Inhalten, festgemacht wird und weniger an den qualitativen Aspekten des allgemeinen Wohlbefindens, der „sozialen Wohlfahrt“ („sozial“ hier im Sinn von „gesellschaftlich“), wie Bildungsniveau, Umweltqualität, Fairness in Wettbewerb und Verteilung, Wohn- und Siedlungsqualität, Gesundheitsversorgung u.dgl. mehr. Diese Kritik kann fundiert werden durch die Theorie der Informationsasymmetrien. Informations- und Wissensvorsprünge gibt es für das Management von Unternehmen vor den Unternehmenseigentümer*innen und – das ist hier zentral – vor den Konsument*innen:

„So spricht John Kenneth Galbraith (2005) nicht von Marktwirtschaft (der freundlichen, verschleiern den Ersatzbezeichnung für Kapitalismus, für die Dominanz des Kapitals), sondern von Managerherrschaft, System der Konzerne oder Monopolwirtschaft. Die Unternehmen schaffen – genauer: das Management schaffe – durch Propaganda manipulativ Bedürfnisse und sichern sich dadurch die kaufkräftige Nachfrage nach ihren Produkten – egal, ob deren gepriesene, hochpreisige Qualität eine vorgebliche, vermeintliche oder eine tatsächliche ist. Das ist der grundlegende ökonomische Gehalt einer Marktform, die monopolistische Konkurrenz genannt wird („Konkurrenz“, weil viele Unternehmen anbieten und konkurrieren, „monopolistisch“, weil die Intransparenz der Produkte Preis/Leistungs-Verhältnisse nicht annähernd einschätzen und kontrollieren lässt). In politischer Ausdrucksweise: Die Managements der bestimmenden Großunternehmen sind eine Oligarchie; sie herrschen autokratisch. Aktionär*innen haben wegen der Komplexität keine Chance mehr auf wirksame, geschweige effiziente Kontrolle des Managements.“¹ (Bartel 2022, S. 10)

Die Kritik an einer „Verkrustung“ („*ossification*“: Naudé 2022) ist einerseits auf die Vermachtung der Märkte zurückzuführen und verlangt ebenso nach Wettbewerbspolitik wie Manipulation und Übervorteilung durch Unternehmen mit Deutungshoheit; andererseits zeigt gerade die gegenwärtige Krise, wie krisenanfällig ein komplexes, interdependentes, internationalisiertes und daher effizientes Wirtschaftssystem ist und wie wichtig daher stabilisierende Institutionen (z.B. feste Lieferbeziehungen) und zugleich Wirtschaftspolitiken sind, welche die wichtigen volkswirtschaftlichen Variablen und Beziehungen verstetigen – freilich auf einem befriedigenden Niveau. Das unterstreicht in der Theorie der Post-Keynesianismus und in der Praxis das austro-keynesianische Jahrzehnt, und zwar von 1974 bis 1983, mit den Galionsfiguren Bruno Kreisky und Hannes Androsch, die sich mit ihren Weggefährter*innen (und das waren auch und nicht zuletzt absolute Mehrheiten der Wähler*innenschaft) pragmatischen, weil zweckdienlichen Liberalisierungsschritt (hauptsächlich die Gewerbeordnung betreffend) nicht verschlossen.

¹ „Gewiefte Politiker und Journalisten sowie viele Wissenschaftler predigen uns die ‚Marktwirtschaft‘. Sie verlieren indes kein Wort über den beherrschenden Einfluss von Unternehmern und Unternehmen. Wirtschaftliche Macht wird von ihnen nicht thematisiert. Marx und Engels sind nicht der Erwähnung wert. Anscheinend gibt es nur den unpersönlichen Markt. Dies ist eine Irreführung, die nicht ganz unschuldig ist“ (Galbraith 2005, S. 28)

Unter diesen letzten beiden Aspekten ist in einer Marktwirtschaft, die diese Bezeichnung auch verdienen will, indem die Märkte leidlich funktionieren, Wettbewerbspolitik neben der Umweltpolitik wohl die konstitutive Wirtschaftspolitik schlechthin (wobei Umwelt sich sehr gut in die Wettbewerbspolitik einreicht, zumal die Nutzung der Umwelt als Produktionsfaktor wettbewerbsneutral zu gestalten ist – ebenso Soziales, damit der aus Wettbewerb entstehende Wohlstand auch möglichst vielen möglichst stark zugutekommt). Das für die Marktwirtschaft Essenzielle an einem funktionsfähigen Wettbewerb betonen selbst Vertreter des Ordoliberalismus (z.B. relativ früh schon Walter Eucken 1950/2001).

Die um die Mitte des 20. Jahrhunderts entstehende moderne Finanzwissenschaft versteht sich als *functional finance* (Lerner 1943/1979) – nämlich als Wissenschaft von der staatlichen Aufgabenerfüllung, die keineswegs primär der Gewährleistung „gesunder Staatsfinanzen“ dient (was das sein soll, hat wohl noch nie jemand genau festgemacht), sondern der Ausfüllung der wirtschaftspolitischen Staatsfunktionen gemäß Richard Musgrave (1959):

- Allokation (welche staatlichen Ressourcen sollen, neben den privaten, im gesellschaftlichen Interesse für welche Produktionen eingesetzt werden: Stichworte sind Gemeinschaft und Umwelt, Wettbewerbspolitik, qualitative Regulierung der Märkte),
- Distribution (staatliche Umverteilung einnahmen- wie ausgabenseitig) nach irgendwelchen Gerechtigkeitsvorstellungen oder zumindest Zweckmäßighkeitsüberlegungen,
- Stabilisierung volkswirtschaftlich wichtiger Größen, wie Beschäftigung, Einkommen, nachhaltiges Wachstum (in ökologischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht), Preisniveausteigerungen und Zahlungsbilanzsaldo, jeweils auf einem erwünschten Niveau;
- als Vorziel (Unter- oder Zwischenziel), jedenfalls als Mittel zum Zweck und nicht als Zweck an sich, kann das fiskalische Ziel ergänzt werden: die finanzielle Sicherstellung der oberzielbezogenen Staatsausgaben (also die Verfügbarkeit der für die wirtschaftspolitische Zielerreichung nötigen Ressourcen).

Das sind die Grundpfeiler der normativen Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft, die nicht nur ökonomisch (= einzelwirtschaftlich) effizient, sondern auch ökologisch und sozial sein soll. Marktwirtschaft besteht nämlich nicht nur aus den Märkten, sondern zweckmäßiger-, ja notwendigerweise auch in Institutionen; das sind relevante Staatsorgane, Verbände, Regulierungen und deren erwünschte Wirkungen (Rodrik 2002). Das wird im Wesentlichen auch dadurch nicht geändert, dass sich seit rund 40 Jahren die Neue Finanzwissenschaft eher mit mikroökonomischen Fragestellungen beschäftigt.

Das Verhältnis zwischen der normativen Theorie der Wirtschaftspolitik (auf Basis der sozialen Wohlfahrtstheorie: wie der Staat handeln soll) und der positiven Theorie der Wirtschaftspolitik oder *Public Choice Theory* (auf Basis der individuellen, egoistischen Nutzenmaximierung: wie sich staatliche Organwalter*innen und Organe tatsächlich verhalten) besteht eine Bipolarität, die zudem durch ein starkes Spannungsverhältnis geprägt ist. Nicht zu Unrecht hat – mit wachem Blick auf die politische Realität – sich die *Public Choice Theory* entwickelt, doch steht dahinter offenbar auch eine strategische Intention zum Rückbau des modernen

Wohlfahrtsstaates (vgl. z.B. Hawlik/Schüssel 1985) und letztlich zu einem radikalen Konservatismus in einer illiberalen Demokratie (Strobl 2021). In der politischen Auseinandersetzung stehen sie einander längst, schon seit Beginn der Ära des Neoliberalismus, gegenüber: einerseits die Befürworter*innen eines „schlanken“ Staats, der sich nur auf seine Grundkompetenzen konzentriert, andererseits eines nachvollziehbar und wissenschaftlich evaluierten, demokratisch effektiv kontrollierten, regulierten und sich tendenziell zu verbessern versuchenden Staates. Denn:

„Es gibt keinen Ruhepunkt, kein Debattenende, keine dauerhafte Lösung für die Spannungen. Im besten Fall gibt es – gerade wegen der Beschaffenheit unserer Zivilisation – ein Gefüge von bedingten Entscheidungen, die durch die politische Diskussion erzielt wurden und die auch künftig Änderungen ermöglichen [ein Argument gegen erstarrte Verfassungsbestimmungen! R.B.] wenn dieses Gefüge dahin und dorthin gezerrt wird durch Wünsche, die zueinander in Konflikt stehen“ (Letwin 1999, S. 26, eigene Übersetzung).

Und gerade dorthin zielt eben radikaler, illiberaler Konservatismus eben nicht. Daher ist es erforderlich, in der Tradition der Aufklärung zu erkennen und andere erkennen zu lassen, dass politische Auseinandersetzung das Wesen der Demokratie darstellt, Konflikte keine kindischen Streitereien sind oder sein dürfen, sondern wissenschaftlich und fair vor sich zu gehen haben. Ein Korrektiv kann dabei – in Anlehnung an den oben erwähnten Pragmatismus (statt Dogmatismus) liberaler Ökonomen in Krisen – die Politikverdrossenheit und folglich die sich zusehends verschärfende Krise der liberalen Demokratie sein; einstweilen haben die Vertreter*innen der liberalen Demokratie noch das Übergewicht und die politische Deutungshoheit, sind aber gefährlich nahe daran, sie zu verspielen. Ein anderes Korrektiv, das, nicht wie das vorangegangene von oben nach unten, sondern von unten nach oben wirkt, ist die Zivilgesellschaft; sie ist Motor fortschrittlicher Politik.

„Nicht, daß sich die Basis des sozioökonomischen Konflikts in der westlichen Welt wesentlich verändert hätte. Sie besteht nach wie vor in dem Widerspruch zwischen dem **individuell**-privilegierten Herrschaftsanspruch von Eigentum, Verfügungsgewalt und Wissen auf der einen Seite und den Inhalten einer modernen Gesellschaft auf der anderen Seite, die auf **Kollektiv**-produktion gegründet ist und die durch die (potentiellen oder aktuellen) Forderungen unterprivilegierter Mehrheiten in Bewegung gehalten wird. (...) Zu gleicher Zeit bereicherte sich das Instrumentarium der Manipulation von oben nach unten – nicht zuletzt dank der Komplizität der wissenschaftlichen Forschung – ebenso, wie die Möglichkeit friedlicher Anpassung und individueller Mobilität von unten nach oben sich gesteigert hat. In einer solchen Lage bewährt sich die parlamentarisch-demokratische Form der Ausübung staatlicher Gewalt – und das ist: die politische Koppelung der widerstreitenden Pole im Verfassungsstaat nur, wenn ungeachtet der Fortführung normaler Verfassungen **neue** institutionelle, ideologische und technische Steuerungsmittel gefunden werden. (...) Wo dem nicht so ist, gerät der Verfassungsstaat in den Sog der Demokratisierung und kann bürgerliche Macht und Freiheit, bürgerliche Kultur, Ordnung und Sittlichkeit nicht mehr garantieren.

Resultiert die Transformation subjektiv aus dem ungebrochenen Herrschaftswillen einer Klasse und aus dem Anpassungstrend politisch-staatlicher Führungsgruppen, so vollzieht sie sich objektiv nicht willkürlich oder zufällig. Sie folgt einer Entwicklung, die mit der Änderung der Weise, wie die Menschen ihre Wechselbeziehungen mit der Natur gestalten und dabei ihre sozialen Beziehungen regeln, auch eine Veränderung im wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verteilungsmodus und schließlich eine Veränderung im politischen Herrschaftssystem mit sich gebracht hat. Aus dieser Entwicklung läßt sich kein geschichtlicher Automatismus ableiten. Sie schreibt aber zwingend für bestimmte Zielsetzungen spezifische Wege vor“ (Agnoli/Brückner 1968, S. 8, 9; Fettdrucke im Original).

Das war von Agnoli und Brückner (1968) weitsichtig und optimistisch; man versprach sich – auch ohne Gewalt, nur mit „subversiver Theorie“ (Agnoli 1999)² – Erfolgsaussichten, auch wenn diese nur langfristig realisierbar wären („Maulwurfsarbeit“: Sparsam/Zeiler 2010, S. 4). Man kann zwar rückschauend einwenden, dass dies in der Nachkriegszeit – angesichts der Gewerkschafts-, Bürger*innenrechts-, Friedens-, Student*innen- und Umweltbewegungen – (zu) wenig erfolgreich war; doch dies existenzielle Bedrohlichkeit wird jüngst besonders spürbar größer.

Es ist heute eine wahrlich kritische, entscheidende Situation. Dabei stellt sich nachvollziehbar die Frage nach einem Systemwandel. Soll in der geschilderten Situation überhaupt ein radikaler Systemwandel in Angriff genommen werden? Welche Alternative(n) gibt es und wie realistisch oder utopisch sind sie? Welche Bedeutung hat die Entscheidung über Weiterbestand oder Überwindung des Kapitalismus für die Transformation der Wirtschaft überhaupt?

Alternativen?

Kapitalismus ist freilich vor dem Hintergrund der aktuellen – wesentlich änderbaren? – Gegebenheiten der realen Wirtschaft zu beurteilen:

- Erstens, die Wirtschaftssysteme sind zunehmend geprägt von Unsicherheiten betreffend die Entwicklung in den Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die

² „Sinn der subversiven Theorie liegt: im Nachdenken über schlechte Zustände und in der Einsicht in die Notwendigkeit der Umwälzung, im Entwurf des Neuen. Denn nur so verstanden, konjugiert sich Subversion auf Emanzipation“ (Agnoli 1999, S. 14). „Die Subversion ist eine Arbeit auf die Revolution hin, sie ist nicht die Revolution selbst – doch ist sie notwendig, um der Revolution behilflich zu sein in der schwierigen Zeit des Überwinterns. Das ist nicht das erste Mal der Fall: Es hat im Laufe der Geschichte immer wieder Perioden des Überwinterns gegeben. (...) Was ins Haus steht, ist eine sehr harte, mühselige Maulwurfsarbeit; sie ist alles, was heute zu tun bleibt. Natürlich ist Maulwurfsarbeit nicht sonderlich befriedigend, denn ein sichtbarer Erfolg bleibt naturgemäß aus. Es ist eine Arbeit, die man auf sich nimmt, ohne zu wissen, ob sie jemals zu einem guten Ende führt, eine Arbeit, deren Wert für die geschichtliche Perspektive im Ungewissen bleibt. Man muss Maulwurf auch dann sein, wenn viele Illusionen zerstoßen sind“ (Agnoli 1999, S. 226).

Unternehmen und Privathaushalte auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene sowie auf die öffentliche Hand, die als für die Gesellschaft Letztverantwortliche auf der Meta-Ebene stehen soll. Das Wirtschaften und die Politik sind allerdings beides existenzielle Handlungen in die Zukunft hinein und verlangen brauchbare Information über die Zukunft. Prognosen sind keine Prophetien, sondern Fortschreibungen der Vergangenheit in verschiedenen Szenarien in die Zukunft hinein (Popper 1934/1994); dabei determinieren sowohl die Annahmen über die künftigen Rahmenbedingungen als auch die diversen Erkenntnisse aus der Vergangenheit, betreffend die Wirkungsweisen von Rahmenbedingungen, diese Szenarien und deren Prognoseresultate. Was in der Gegenwart – auf Basis der Vergangenheitserfahrungen – über die Zukunft vorstellbar ist, formt (außerhalb von unfundierten Visionen, die freilich auch v.a. geisteswissenschaftlich ihre prinzipielle Berechtigung haben) den Denk- und Möglichkeitsraum für unternehmerische wie für haushaltswirtschaftliche Investitionen i.w.S. (also Maschinen, Informationen, Wissen, Forschung und Entwicklung, Geschäftsstrategien, Fort- und Weiter-/Bildung u.dgl.) sowie für Politikprogramme. Das macht wohl die Basis für die längerfristige Systementwicklung aus: Unsere Erwartungen prägen unsere konstitutiven Handlungen richtungweisend und programmieren – neben unbeeinflussbaren Rahmenbedingungen – die zukünftige Entwicklung.

- Zweitens, wesentlich zugenommen haben die Diversität der Güter (Diversifizierung von Waren *und* Diensten aufgrund partieller Sättigungserscheinungen, d.h. verteilungsbedingt) – es entstand also eine Vielfältigkeit, was Verwendungszwecke, Qualitäten, Marken und Qualitätssiegel betrifft (zuverlässige Informationen?) – sowie, nicht zuletzt infolgedessen, die Variabilität, ja Flatterhaftigkeit und Kurzlebigkeit der Nachfrage aufgrund des stets geänderten Wunsches nach Neuem, Besserem.

Komplexität und Erwartungsunsicherheit sind langfristig merklich gestiegen.

In Anbetracht solcher Umstände ist es kaum vorstellbar, die Entscheidungen über die Investitionen i.w.S. (neue systemleitende Institutionen i.w.S.) weg von den Privaten und hin zu zentralen, kollektiven Planungsinstanzen mit Durchsetzungskompetenz zu verlagern; das würde die Zentralinstanz überfordern und – motivationsbedingt – die ökonomische Effizienz schwächen. Das haben die historischen Beispiele (zentrale Planwirtschaften, jugoslawische Arbeiter*innen-Selbstverwaltung) gezeigt.

Weiter stellt sich die ebenso große Herausforderung, wie denn die Verantwortung zu regeln sei, wenn nach mandatorischen zentralplanerischen Entscheidungen über einzelwirtschaftlich (d.h. individuell) relevante Materien Nachteile für die bevormundeten Individuen, die nicht mehr die Entscheidungsträger*innen sind, erwachsen. (Auf politischer Ebene zeigte dies ansatzweise das österreichische Wirtschaftsdirektorium von 1951, das 1952 als nicht verfassungskonform aufgehoben wurde, weil es die individuelle Ministerverantwortlichkeit aushöhle.)

Diese Problematik der Entscheidungsverantwortung betrifft im Grund natürlich auch die Wirtschaftspolitik (das zeigt sich deutlich an den Klagen des Staates durch Unternehmen im rechtlichen Rahmen von „Investitionsabkommen“) – doch mit dem entscheidenden Unterschied, dass sich nach einer Abkehr vom Individualkapitalismus die Entscheidungsvorgaben auf typisch einzelwirtschaftliche Entscheidungssituationen erstrecken würden, nicht auf generell vorgegebene Entscheidungsbedingungen, welche die wirtschaftlichen Individualentscheidungen wirtschaftspolitisch kanalisieren, statt sie zu determinieren. Eingriffe ins Eigentumsrecht und damit verbundene strikte Entscheidungsvorgaben müssen sehr gut begründet sein und höchstgerichtlich standhalten, damit tatsächlich keine revolutionären Verhältnisse eintreten, die nie oder zumindest sehr selten gewaltfrei ablaufen (je nachdem wie weit oder eng Gewalt jeweils definiert wird).

Gleichwohl ist über Transformation nachzudenken:

- erstens, weil sie durch Umwelt-, Technologie- und Sozialentwicklung unausweichlich wird, wenn wir nach einer Zweitbestlösung (die erstbeste dem Ergebnis nach ist entweder unbekannt oder illusorisch) suchen oder „nur“ nach einer fürs Überleben wahrscheinlich geeigneten Lösung;
- zweitens, weil eine Transformation nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie von einer hinreichend qualifizierten Mehrheit akzeptiert und mitgetragen wird. Zum ersten, es reicht nicht hin, gegen ein (fast zwangsläufig) fehlerbehaftetes System zu sein, wie Chantal Mouffe (2013) auseinandersetzt; es müssen absehbare, glaubhaft realistische, als fair empfundene, rechtzeitig und genau elaborierte und in der Umsetzung gut organisierte Konzepte sein – sonst sind sie kaum realisierbar oder schwerlich erfolgreich (Soder 2022).

Bei Transformation als Lösungsstrategie konkreter Probleme sollten wir uns daher auf Bewährtes, Stabiles, Vertrautes stützen. So etwas gibt es doch da und dort in unserer problembeladenen Zeit: wie etwa Privateigentum und liberale Demokratie sowie eine Staatskompetenz, die solche Grundrechte wie die auf Eigentum und politische Repräsentanz zweckdienlich regeln, statt sie vorderhand aufzugeben.

Eingedenk der Definition von Kapitalismus ganz am Anfang des Beitrags bleibt festzustellen: Der Kapitalismus – als Produktionsform mit Realkapitaleinsatz – bliebe selbst nach einer Kollektivierung oder Verstaatlichung bestehen, weil keinerlei Art von Kapital deshalb verschwände. Es wäre daher nichts anderes, als vom Individualkapitalismus zu einem Kollektiv- oder Staatskapitalismus überzugehen.

Die zunehmende Unzufriedenheit über eine erzwungene, aber hinsichtlich ihrer Zweckrationalität und Erfolgsträchtigkeit unsichere Unfreiheit in wirtschaftlichen Entscheidungsbelangen sowie über die verschlechterten Wirtschaftsergebnisse, wie das aus zentralen Planwirtschaften historisch bekannt ist, zudem das dominante Bestreben von Regierungen, an der Macht

zu bleiben, wie aus der *Public Choice Theory* bekannt, würden entweder eine Revolution oder weitere staatliche Freiheitseinschränkungen nach sich ziehen.

Zugegeben, wir schreiben seit Adam Smith sehr viel über den dezentralen Markt, der von Individualentscheidungen lebt, aber ganz verstehen wir ihn letztlich wohl doch nicht. Selbst wenn die Marktteilnehmer*innen auf der Basis von Reaktionen auf als unbefriedigend empfundene Situationen agieren statt auf dem Wissen über das Gleichgewicht, darf die vergleichsweise Leistungsfähigkeit des Marktes mit seinem Individualprinzip weder übersehen noch geringgeschätzt werden: nämlich das immense Güterangebot und (im Aggregat und im Schnitt) entsprechend hohe kaufkräftige in weiter entwickelten Wirtschaften. Wesentliche Grundlagen dafür sind Industrie und Gewerbe und in ihnen das Eigeninteresse, das Privateigentum, das nicht kategorisch als grundsätzlich diskriminierend verworfen werde: Privateigentum auch an Produktionsmitteln (nicht an allen, denn im Gemeinwirtschaftsbereich ergänzt der Staat das Private sinnvoll), der funktionsfähige Wettbewerb (einen perfekten gibt es nicht). Der Markt ist in seiner Gesamtwirkung also gleichsam eine *black box*, in die wir nicht vollständig Einblick gewinnen können, auf deren grundlegende Effizienz- und Wohlstandsträchtigkeit wir uns aber verlassen können, vor allem, wenn Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft ergänzend für soziale Wohlfahrt sorgt. Letzteres ist nötig, weil nicht übersehen werden darf, denn es gibt

- erstens ein Informationsgefälle zugunsten der Unternehmen gibt, das Manipulation und Übervorteilung ermöglicht,
- zweitens (in Teilen) eingeschränkte Wahlmöglichkeiten, sich als Konsument*in – aus Gründen des Protests und zur Entwicklung von Gegenmacht – der Nachfrage zu enthalten, weil eben so manche Güter regelmäßig lebensnotwendig sind oder Gegenmaßnahmen Transaktionskosten (Mühe und Aufwand) mit sich bringen, die oft prohibitiv wirken (auch wenn sie im Schnitt nicht sehr hoch sein mögen), und
- drittens die Individualausrichtung, die Gemeinschaftsprobleme aufwirft, wie das „Freifahren“ (sollen die anderen alle nur die Umwelt schonen, denn wenn ich es nicht tue, fällt es nicht ins Gewicht; ich selbst kann die Welt nicht retten).

Andererseits sind die Alternativen im Wesentlichen entweder Planwirtschaft (kollektiv unterschiedener Kapitaleinsatz: wohl eine Dystopie) oder Schenkwirtschaft (jede*r produziert, was ihm oder ihr Spaß macht und nimmt sich an Gütern, was er oder sie braucht: wohl eine Utopie). Bei Letzterer würde das Hauptgewicht der Bemühungen auf der Nachfrage liegen, nicht auf der Produktion; die Nachfrage wäre überdies weniger effizient, weil die Inputs in die Produktion gratis wären, und das Angebot wäre weniger nachfrageorientiert, weil es eher aus Liebhaberei der Produktion denn als Wettbewerb um Nachfrage und Gewinn bestünde.

Was also?

Die Frage „Transformation versus Kapitalismus“ erscheint somit nicht zweckdienlich. Ein besserer Mechanismus (i.S.v. selbstlaufendem System) zur Allokation der Ressourcen und Distribution der Güter muss erst gefunden und als realistische Alternative überzeugend kommuniziert werden.

Gleichwohl sind alle sachlich-kritischen Einwände gegen das marktwirtschaftliche System tatsächlich ernst zu nehmen (nicht gegen den Kapitalismus, wie er hier – als System mit Realkapitaleinsatz – verstanden wird, denn Kapital und die entscheidende Rolle von Kapital i.w.S. können ja nicht überkommen werden). Dabei hat es in der Debatte zuallererst um die Nachhaltigkeit unseres Wirtschafts-, Natur- und Gesellschaftssystems, um unsere Lebensgrundlagen, um das „gute Leben“ für alle, zu gehen – und das muss auch in den praktischen Agenden endlich wirksam werden.

Nachhaltigkeit bedarf hinreichender Bedingungen:

- Die ökonomische Nachhaltigkeit bedarf Bedingungen für Angebot *und* Nachfrage – und somit auch einer zweckmäßigen Lösung der Verteilungsfrage;
- die ökologische Nachhaltigkeit heischt nicht nur nach ökologisch effektiven, sondern (wohlstandsorientiert) auch nach ökonomisch effizienten Regelungen;
- und die soziale Nachhaltigkeit erfordert die allgemeine Akzeptanz – den sozialen Grundkonsens für gemeinsames Handeln – auch und vor allem, wenn es sich um Konflikte in der liberal-demokratischen Willensbildung handelt (politischer Konflikt müsste attraktiv und konstruktiv werden, z.B. (Rzepta/Straßenberger 2014); das „Freifahren“ – auch in demokratischen Prozessen – müsste sozial abgelehnt werden).

Je kritischer die Lage wird, desto größer werden immerhin der Anpassungsdruck und schließlich wohl auch die tatsächliche Anpassungsbereitschaft des Individual- wie des Kollektivverhaltens. Hierbei ist jener aufgeklärte (nicht populistische) Pragmatismus gefragt, der das System entschlossen retten will und daher populäre (am Volk orientierte) Politik betreibt: eben einen Pragmatismus, den wir schon von Smith und Keynes kennen und der in der heutigen problemgeplagten Zeit offenbar zunimmt (und dies vielleicht auch weiterhin tun wird).

Effektivität wird das Überleben sichern müssen; Effizienz soll dabei den Wohlstand maximieren; die Einhaltung neuer, stärker gemeinwohlorientierter Regeln in der Marktwirtschaft (etwa in Richtung von *stakeholder value* statt bloß *shareholder value*) – v.a. zur Umwelterhaltung, für Fairness im Wettbewerb und sozialen Ausgleich – sollen die Akzeptanz und den Bestand der Marktwirtschaft sichern (analog zu Churchill: ein schlechtes System, aber wir kennen kein besseres).

Hinreichend breite soziale Akzeptanz der neuen Normen – auch jener für eine liberale Demokratie – kann sich nur in einem Wettbewerb der Ideen durchsetzen, in dem Sachlichkeit, Ergebnisoffenheit und Kommunizierbarkeit prägend sind. Transparenz der Ziele, Verfahren und

Ergebnisse und eine Aufwertung der und Entscheidungsfundierung durch die Wissenschaft können dies fördern.

Das Wie des tradierten Systems dürfte also die richtige Fragestellung sein, und nicht die Forderung nach einer Systemalternative, etwa: weg mit dem Kapitalismus.

Literatur

- Agnoli, Johannes (1999): *Subversive Theorie. „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte*. Zitiert nach Sparsam/Zeiler (2010)
- Agnoli, Johannes / Brückner, Peter (1968): *Die Transformation der Demokratie*. Unveränderte Neuausgabe 1974, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt
- Barbier, Edward B. (2019): The concept of natural capital. In: *Oxford Review of Economic Policy*, volume 35, issue 1, pp. 14-36
- Bartel, Rainer (2022): *Freiheit, Macht und Souveränität in der Marktwirtschaft*. Vortragspapier, wird hochgeladen auf ResearchGate
- Eucken, Walter (1950/2001): Das Problem wirtschaftlicher Macht. In: Walter-Eucken-Archiv (Hg.): *Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung*. Münster - Hamburg - London 2001: Lit-Verlag, S. 9-22
- Galbraith, John K. (1980): *Power and the Useful Economist*. In: The American Economic Review, volume 63, issue 1, pp. 1-11
- Galbraith, John K. (2005): *Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft*. München: Siedler-Verlag
- Hawlik, Johannes / Schüssel, Wolfgang (1985): *Staat laß nach! Vorschlag zur Begrenzung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben*. Wien: Herold
- Lerner, Abba P. (1943/1979): Functional Finance and the Federal Debt. In: *Social Research*, volume 10, February, pp. 38-51, übersetzt und abgedruckt als: Funktionale Finanzpolitik und Staatsschuld. In: Ewald Nowotny (Hg.): *Öffentliche Verschuldung*. Stuttgart – New York 1979: Fischer-Verlag, S. 87-107
- Letwin, Oliver (1999): The Purpose of Politics. In: *The Journal of Social Market Foundation*, September, S. 26
- Mouffe, Chantal (2013), Demokratische Politik im Zeitalter des Postfordismus, in: Marchart, Oliver (Hg.), *Facetten der Prekarisierungsgesellschaft*, Bielefeld: transcript, 205-215
- Musgrave, Richard A. (1959): *The theory of public finance. A study in public economy*. New York: McGraw-Hill
- Naudé, Wim (2022): From the entrepreneurial to the ossified economy. In: *Cambridge Journal of Economics*, volume 46, issue 1, pp. 105-131
- Popper, Karl (1934/1994): *Die Logik der Forschung*. 10. Auflage, Tübingen: Verlag Mohr (Siebeck)
- Rodrik, Dani (2002): *After Neo-liberalism, What?* Non-technical paper, Harvard University, <https://drodrik.scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/after-neoliberalism-what.pdf> (20.9.2022)
- Rothschild, Kurt W. (1993): *Ethics and Economic Theory*. Aldershot etc.: Edward Elgar

Rzepta, Vincent / Straßenberger, Grit (2014): Für einen konfliktiven Liberalismus. Chantal Mouffes Verteidigung der liberalen Demokratie. In: *Zeitschrift für Politische Theorie*, Band 5, Heft 2, S. 217–233

Soder, Michael (2022): Koordiniert, gerecht und glaubwürdig: So kann die Transformation gelingen. In: *A&W blog*, 31. August, <https://awblog.at/koordiniert-gerecht-und-glaubwuerdig-so-kann-die-transformation-gelingen/?jetztlesen> (21.9.2022)

Sparsam, Jan / Zeiler, Moritz (2010): Maulwurfsarbeit. Aufklärung und Debatte, Kritik und Subversion. In: associazione delle talpe / Rosa Luxemburg Initiative Bremen (Hrsg.*in): *Maulwurfsarbeit. Aufklärung und Debatte, Kritik und Subversion*. Berlin: <https://www.rosalux.de/publikation/id/4749/maulwurfsarbeit> (22.9.2022)

Stobl, Natascha (2021): *Radikaler Konservatismus. Eine Analyse*. Berlin: Suhrkamp